

DER POLITISCHE GASTKOMMENTAR

Auf zu neuen Horizonten!

Die Reise von Bundeskanzler Schröder nach China und Japan zeigt: Die deutsche Außenpolitik hat einen Spielraum wie nie zuvor

Jetzt macht er sich wieder auf den Weg. In der zweiten Dezemberwoche wird der Bundeskanzler – zum sechsten Mal in seiner Amtszeit – nach China reisen. Das ist nicht nur deshalb bemerkenswert, weil Gerhard Schröder dem Reich der Mitte eine Bedeutung zumisst wie kein Kanzler vor ihm, sondern weil die deutsch-chinesische Partnerschaft seit der Irak-Krise eine besondere Note hat: Dass sich die Volksrepublik auf Seiten der Gegner des amerikanischen Feldzuges einfand, dass Peking also die so genannte Achse Paris-Berlin-Moskau zeitweilig nach Ostasien verlängerte, war zumindest für diejenigen unerhört, die noch in den Kategorien der alten Weltordnung dachten.

Dabei hatte schon der Schulterschluss des französischen und des russischen Staatspräsidenten mit dem deutschen Bundeskanzler revolutionäre Qualitäten. Immerhin handelt es sich dabei um die Repräsentanten zweier Großmächte, die sich – über Jahrzehnte und über alle Gegensätze hinweg – einig gewesen waren, eine eigenständige weltpolitische Rolle Deutschlands schon im Ansatz zu unterbinden. Als sich Wladimir Putin, Jacques Chirac und Gerhard Schröder Mitte April 2003 in St. Petersburg trafen, war Deutschlands

Rückkehr in den Klub nicht mehr zu übersehen.

Gewiss, im Falle Frankreichs ließ sich einerseits auf jenes solide Fundament bauen, das 1963 mit dem Elysée-Vertrag gelegt worden war; andererseits musste aber Chirac erst einmal zu der Erkenntnis kommen, dass er nur gemeinsam mit Schröder die seit dem Europagipfel von Nizza verfahrenere Situation entkrampfen konnte. Seit Januar 2001 hält diese Verbindung allen Unkenrufen zum Trotz.

Das gilt auch für das Verhältnis des Bundeskanzlers zum russischen Präsidenten. Nicht nur bestätigten Schröder und Putin wie schon ihre Vorgänger Kohl und Jelzin, dass es im wechselvollen deutsch-russischen Verhältnis immer auch Zeiten guter Zusammenarbeit gegeben hat, an die sich anknüpfen lässt.

Der Kanzler geht noch einen Schritt weiter: Davon überzeugt, dass sich langfristig Europas „Sicherheit und Wohlergehen“ nicht ohne eine „strategische Partnerschaft zu Russland“ garantieren lassen, sieht er konsequent von einem Urteil über die innenpolitischen Manöver seines Partners ab und behält entschlossen die deutschen Interessen im Blick: Immerhin entwickelt sich Russland zu einem der aussichtsreichsten



Gregor Schöllgen
lehrt Geschichte
an der Universität
Erlangen.

Märkte für die deutsche Industrie und vor allem zu einem der wichtigsten Energielieferanten der Bundesrepublik.

Das ist, für sich genommen, keine neue Dimension deutscher Außenpolitik. Schon im Februar 1970 war das erste so genannte Erdgas-Röhren-Geschäft unter Dach und Fach gebracht worden. Seither nahm der Anteil sowjetischer Energielieferungen in die Bundesrepublik ständig zu; für die DDR galt das ohnehin. Heute machen die russischen Lieferungen fast ein Drittel der deutschen Rohöleinfuhren aus.

Neu an der jüngsten Entwicklung sind die Umstände, unter denen die russischen Energielieferungen vereinbart werden. Nicht immer konnten die deutsche Politik und Wirtschaft hier so souverän agieren wie heute. 1962 hatten die Verbündeten die Regierung

Adenauer gezwungen, ein bereits abgeschlossenes Geschäft zur Lieferung deutscher Großrohre an die Sowjetunion rückgängig zu machen, und namentlich die USA blieben bis in die Ära Reagan hinein mehr oder minder entschiedene Gegner des Erdgas-Röhren-Handels.

Nicht anders sah es übrigens im China-Geschäft aus: 1964 und 1966 intervenierten die Vereinigten Staaten – entschieden und erfolgreich – gegen Bonns Pläne, die Wirtschaftsbeziehungen mit China zu formalisieren und unter anderem in Maos Volksrepublik ein Stahlwerk zu bauen.

Heute wären solche Aktionen ohne Folgen. Nicht zufällig tat man sich jenseits des Atlantiks erkennbar schwer, als die deutsche Außenpolitik während der Irak-Krise ihren neuen Bewegungsspielraum selbstbewusst und verantwortlich nutzte und vom Recht eines souveränen Akteurs in der Weltpolitik Gebrauch machte.

Denn jetzt ließ sich nicht mehr übersehen, dass mit der Implosion der Sowjetunion und dem Zusammenbruch der alten Weltordnung der eigentliche Grund für die bedingungslose deutsche Gefolgschaft entfallen war. Auch wurde vollends deutlich, dass Deutschland ohne nennenswerte Risiken

zum Beispiel eine eigenständige China-Politik betreiben und vor allem für ein enges Zusammengehen mit den europäischen Partnern, allen voran mit Frankreich, aber auch mit Russland, optieren konnte.

Dieser neue Manövrierraum der deutschen Außenpolitik erklärt wohl auch, warum seit einigen Jahren klassische, geostategisch geprägte Vorstellungen wieder eine stärkere Rolle spielen. Jedenfalls fällt auf, dass sich führende Repräsentanten der deutschen Politik – und keineswegs nur der Regierungsparteien – wie selbstverständlich das entsprechende Vokabular zu Eigen gemacht haben. Man darf gespannt sein, wann sie den nächsten Schritt tun und die Sicherung der deutschen Interessen, beispielsweise auf dem Gebiet der Energieversorgung, vor andere Zielsetzungen wie die Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten platzieren.

Dann dürften sich Einsätze wie in Afghanistan innenpolitisch nur noch durchsetzen lassen, wenn glaubhaft versichert werden kann, dass dort oder an anderen Orten der Welt tatsächlich zunächst einmal deutsche beziehungsweise europäische Sicherheitsinteressen zu verteidigen sind. Schon deshalb ist es dringend geboten, sich an ihre Definition zu machen.